

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Rat für die Künste Berlin

Per Mail an: fehrmann.berlin@daad.de

**Sebastian Koch**

Landesgeschäftsführer

**Landesvorstand Berlin**

Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01

Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin

www.dielinke.berlin

Berlin, den 16. September 2021

***Betr. Wahlprüfstein von Rat für die Künste Berlin***

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von Rat für die Künste Berlin. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

**1. Sicherung der bestehenden Kulturangebote**

**Wie berücksichtigen Sie ressortübergreifend die Belange der Kultur in allen relevanten Planungen und Maßnahmen?**

Für DIE LINKE. Berlin ist Kulturpolitik eine politische Querschnittsaufgabe und damit sind für uns die Belange der Kultur durch eine verbesserte Zusammenarbeit der Ressorts zu berücksichtigen. Die zuständigen Senatsverwaltungen sollen über Planungen in den für Kultur relevanten Ressorts, wie Stadtentwicklung, Umwelt, Integration, Arbeit, Jugend, Bildung, Finanzen rechtzeitig informiert und eingebunden werden und bei Gesetzesvorhaben mit kultureller Relevanz Mitzeichnungen einfordern. Bei der Entstehung neuer Stadtquartiere, beim Schulneubau aber auch bei der Sanierung öffentlicher Gebäude und Orte muss der Bedarf von Kultur & Kulturwirtschaft erfasst, mitgedacht und mitgeplant werden. Darüber hinaus streben wir einen engeren Austausch mit den Bezirken zu Kulturförderung und kultureller Infrastruktur als bisher an.

**Welche Modelle sehen Sie, um Stadtentwicklungspolitik im kulturellen Zusammenhang zu gestalten?**

Kultur darf keine Frage des Wohnorts sein. DIE LINKE. Berlin steht für eine dezentrale Kulturpolitik. Wir wollen in der ganzen Stadt Kulturangebote! Spielstätten, Ausstellungsorte, Bibliotheken, Musikschulen und Probe- und Arbeitsräume müssen gesichert, ausgebaut und besser ausgestattet werden. Gerade die dezentralen, kleinen Kulturorte müssen zukünftig gestärkt werden.

Bei Neubau und bei den Überlegungen zur Stärkung von problembehafteten Kiezen und Quartieren müssen immer auch Räume für Kultur und die soziokulturelle Infrastruktur mitgedacht und

mitgeplant werden. DIE LINKE. Berlin setzt sich für die Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und für eine Quote für Kulturinfrastruktur bei Neubau ein. Parallel kann der gleiche Ansatz im Kontext der Schulbau-Offensive im Sinne von modernen Kombibauten, die sich in den Stadtraum öffnen, verfolgt werden. Die Schulbau-Offensive bietet so Möglichkeiten, Kulturräume zu schaffen und Kultur und Bildung enger zu verbinden.

Gerade die Entwicklung der 16 neuen Stadtquartiere bietet die Chance, soziales Wohnen im Sinne von Kiezen mit Begegnungsstätten, öffentlichen Treffpunkten und soziokulturellen Angeboten zu etablieren. Die Funktionsfähigkeit der neuen Quartiere (wie auch bestehender Kieze in der Stadt) wird wesentlich auch von der Existenz einer lebendigen, integrativen und gegenüber sich wandelnden Bedürfnissen flexiblen, kulturellen Infrastruktur abhängen. Um dies zu erreichen, müssen die Bedarfe an öffentlichen Kulturinstitutionen, öffentlichen Orten urbaner Praxis sowie Arbeits- und Produktionsorten von Künstler\*innen bzw. der Kreativwirtschaft abgebildet und ein Handlungskonzept entwickelt werden, wie diese von Beginn an bei der Planung und Errichtung der neuen Stadtquartiere implementiert werden können. Voraussetzung ist hier einerseits die Feststellung und Durchsetzung verbindlicher Mindeststandards für bezirkliche Kultureinrichtungen und andererseits die ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen Kultur und Europa, Bildung, Integration und Soziales sowie Wohnen und Stadtentwicklung. Zu prüfen wäre, ob bei Kultur Räume Berlin der Senatsverwaltung für Kultur und Europa ein Koordinationsteam für kulturelle Infrastruktur in den neuen Stadtgebieten (wie auch insgesamt) etabliert werden kann, das systematisch in die städtebaulichen Planungsprozesse für die neuen Stadtquartiere eingebunden ist, die Bedarfsanmeldungen der Senats- bzw. bezirklichen Fachverwaltungen für den kulturellen Bereich zusammenfasst und in den Planungs- und Realisierungsprozess einbringt.

### **Welche Strategien haben Sie, um die kulturelle Teilhabe aller zu ermöglichen?**

Wir wollen möglichst vielen Menschen unserer Stadt die Teilhabe an kulturellen Angeboten jeder Art ermöglichen. Voraussetzung dafür ist, zu verstehen, wer die vorhandenen Kulturangebote nutzt und wer nicht. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass Hindernisse bei der Nutzung von kulturellen Angeboten abgebaut und neuen Publikumsgruppen der Zugang zu Kultur erleichtert wird.

Dazu gehören auch Diversity-Strategien und Outreach-Programme in den Kultureinrichtungen. So sollen neue Zielgruppen angesprochen werden, damit sich die Vielfalt unserer Stadt im Zuschauerraum, auf der Bühne, im Programm und in den Einrichtungen abbildet.

Um kulturelle Teilhabe zu ermöglichen ist das Senken der finanziellen Zugangshürden eine notwendige Voraussetzung. Der Berlin Pass und das 3-€-Ticket ermöglichen es Menschen mit geringem Einkommen, Kulturveranstaltungen zu besuchen. Mit der Förderung der Besucherorganisation KulturLeben Berlin können darüber hinaus Menschen kostenfrei teilhaben. Und auch der neu eingeführte eintrittsfreie Sonntag in den Berliner Museen hat das Ziel, möglichst viele Menschen an Kultur teilhaben zu lassen.

DIE LINKE. Berlin hat den Anspruch, Kultur dezentral in allen Bezirken zu fördern. Deswegen haben wir in der letzten Legislatur den Bezirkskulturfonds verdoppelt und auch im Entwurf des neuen Doppelhaushaltes die Mittel für die bezirkliche Kulturarbeit deutlich aufgestockt. Ziel ist es, die Bezirkskultur aufzuwerten.

Menschen brauchen dezentrale und wohnortnahe kulturelle Angebote. Sie brauchen Angebote, die das Leben in ihren Kiezen bereichern – insbesondere diejenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nur eingeschränkt mobil sind wie Kinder, Senior\*innen oder Menschen mit Behinderung. Um ein breites Angebot niedrigschwelliger Kulturangebote in allen Bezirken zu erreichen, ist es wichtig, auch die Infrastruktur von Schulen, Stadteilzentren, Jugendzentren, Nachbarschaftshäusern und Begegnungszentren Dritter (z.B. von landeseigenen Wohnungsunternehmen, Theatern, Kinos oder Kirchen) mitzudenken.

Kulturelle Teilhabe in einem breiten Verständnis fördert so gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt zu funktionierenden Quartieren bei.

Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Förderung kultureller Bildung. Dies kommt auch in unserem Wahlprogramm zum Ausdruck. Dort heißt es: *„Kulturelle Bildung und dezentrale Kulturangebote sind für uns der Schlüssel zu gelingender Teilhabe. Mit der Stärkung des Bezirkskulturfonds, dem Projektfonds Kulturelle Bildung und der Stärkung der Kinder- und Jugendtheater haben wir schon viel erreicht. Hieran werden wir weiter anknüpfen und kulturelle Bildungsangebote weiter ausbauen.“* (S. 25)

Ein anderer Ansatzpunkt ist für DIE LINKE. Berlin, Bibliotheken als Dritte Orte zu verstehen und zu ermöglichen. Deswegen haben wir in dieser Legislatur eine umfassende Bibliotheksentwicklungsplanung erarbeiten lassen, deren Ergebnisse wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen. Wenn in unserer dichter werdenden Stadt frei zugänglicher öffentlicher Raum knapper wird, brauchen Menschen Orte, an denen sie sich aufhalten können, sich begegnen können, an denen sie die Vielfalt unserer Stadt erfahren können, niedrigschwellig, geschützt und frei von Konsumzwang – sogenannte Dritte Orte. Bibliotheken eignen sich hierfür besonders. DIE LINKE. Berlin fordert, stadtweit Bibliotheken als Dritte Orte auszubauen und so Foren für stadtesellschaftliche Diskurse und ganz unterschiedliche Formen des Arbeitens, Lernens und der gemeinschaftlichen Freizeitgestaltung zu etablieren. Der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) ist hierbei zentral und muss in den kommenden Jahren zielstrebig vorangetrieben werden!

Parallel haben wir die Kinder- und Jugendtheater gestärkt. Wir haben uns in der letzten Legislatur vehement dafür eingesetzt, die Situation der Kinder-, Puppen- und Jugendtheater zu verbessern und es ist uns auch eine deutliche Stärkung dieses Bereichs gelungen. Wie bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, haben wir die professionellen Kinder- und Jugendtheater als wichtige Akteure bei den kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche durch eine Erhöhung der Fördermittel gestärkt und eine Evaluation der bestehenden Angebote inklusive der Benennung von Defiziten (z. B. in der Bandbreite des künstlerischen Angebotes oder der flächendeckenden Versorgung) vorgenommen. Es ist unser Ziel, dass Angebote der Kinder-, Jugend- und Puppentheater gleichmäßiger dezentral in den Bezirken vorhanden sind und sogenannte „weiße Flecken“ geschlossen werden können. Gleichzeitig wollen wir die vorhandenen Strukturen sichern und stärken.

## **2. Stärkung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Künstler\*innen und Kulturarbeiter\*innen**

**Welche Strategien und Konzepte haben Sie, um den Stellenwert der Kultur und ihrer Förderung stärker in Bund und Ländern abzusichern?**

Auf Landesebene wollen wir die Idee eines Kulturfördergesetzes mit den Verbänden und Kulturschaffenden diskutieren. Ein solches Gesetz macht dann Sinn, wenn Kulturförderung in Berlin dadurch verbindlicher, transparenter, inklusiver und widerstandsfähiger wird. Soll ein Kulturfördergesetz nicht allein eine gute Absicht deklarieren, sondern auch eine Schutzwirkung entfalten, muss es Mindeststandards bzw. Kennzahlen für die stadtweite und bezirkliche Infrastruktur definieren und entsprechend finanziell untersetzt sein. Eine Stärkung der strukturellen Rahmenbedingungen und des Berichtswesens kann aber auch außerhalb eines Gesetzes durch einen Kulturentwicklungsplan oder einen StepKultur erreicht werden. Unterstützenswerte Maßnahmen sind auch Kulturförderpläne und Kulturförderberichte so wie die Wiedereinführung des jährlichen Kulturwirtschaftsberichts in Analogie zum jährlichen Monitoring des Bundes zur Kreativwirtschaft.

DIE LINKE. Berlin schlägt vor, dass dezentrale Kulturangebote, die Entwicklung der kulturellen Einrichtungen der Bezirke (Musikschulen, Jugendkunstschulen, Museen, Galerien) in bezirklichen Kulturentwicklungsplänen konzipiert und gemeinsam mit der Senatskulturverwaltung durch Zielvereinbarungen untersetzt werden sollen. Dabei sollen für die bezirkliche Kultur in Abhängigkeit von Bevölkerungszahl und -zusammensetzung Mindest-Standards festgelegt werden. Kultur muss in den Bezirken entlang von den zu entwickelnden Mindest-Standards zu einer festen Planungsgröße gemacht und auch entsprechend finanziert werden. Und wir setzen uns dafür ein, Kultur als verbindlichen Bestandteil bei der bezirklichen Fortschreibung der Sozialen Infrastruktur-Konzepte (SIKos) festzulegen.

Auf Bundesebene sollte Kultur als Grundrecht auf unbeschränkte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Leben und an kultureller Bildung im Grundgesetz verankert werden. Staatsziel Kultur und Gemeinschaftsaufgabe Kultur werden in der entsprechenden Antwort weiter unten thematisiert.

**Welche Strategien und Konzepte haben Sie, um eine angemessene soziale Absicherung für selbständige Kulturarbeiter\*innen beim Bund einzufordern bzw. umzusetzen?**

Kultur findet häufig unter so prekären Bedingungen statt, dass jede Krise zur Existenzbedrohung wird. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil von Projektförderung lassen keine Rücklagenbildung zu und stellen sich als extrem krisenanfällig heraus. Vorrangig muss es also um eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Kunst- und Kulturschaffenden gehen. Dies gelingt zum Beispiel auf Landesebene durch das Hochsetzen von Fördermitteln auf der Basis realistischer Kalkulationen und die Verknüpfung der Ausreichung von Fördermitteln an Empfehlungen zu Honoraruntergrenzen bzw. Mindestvergütungen. Wichtig sind Mindeststandards bei Gagen und Honoraren, die ihrerseits der Tarifentwicklung (nicht den Tarifen selbst) folgen, sie mitmachen und ihr angepasst werden. Bundesweit hat Berlin sich als erstes Land in öffentlich geförderten Projekten an Mindesthonoraren und -gagen orientiert. Wir werden an diesen Erfolg anknüpfen und für eine Weiterentwicklung der Mindesthonorar-Empfehlungen streiten.

Auf Bundesebene müssen die Fragen von Rente und sozialer Absicherung im Bereich der Kultur gelöst werden. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine umfassende Reform des Kranken- und Rentenversicherungssystems ein. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Zusätzlich soll eine Arbeitslosenversicherung für freischaffende Künstler:innen und Selbstständige durchgesetzt werden.

Dazu gehört auch das Problem der Grundrente: diese an und für sich richtige Initiative ist von der Bundesregierung nicht für alle passend umgesetzt worden: Künstler\*innen z.B. haben ein zu geringes Einkommen, um am aktuellen Modell teilhaben zu können.

Zu diskutieren ist auch weiterhin die Möglichkeit einer Grundsicherung, wie es z.B. das bedingungsloses Grundeinkommen für alle darstellt.

**Wie positionieren Sie sich zu den Themen „Kultur als Staatsaufgabe / Gemeinschaftsziel“, „Kultur als Pflichtaufgabe / als gesellschaftlich notwendige Aufgabe“?**

Die Corona-Krise konfrontiert die Länder und Kommunen mit erheblichen finanziellen Problemen, die sie nicht aus eigener Kraft lösen können. Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE. Berlin u.a. eine Vermögensteuer sowie eine Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten und zur Finanzierung von dauerhaften Förderprogrammen. Kommunale Verschuldung und Sparzwang würden Kultur – als sogenannte freiwillige Aufgabe – nicht nur zuerst treffen, sondern auch die finanzielle Krise weiter verschärfen. Deshalb muss Kultur zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir wollen Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz, um den kooperativen Kulturföderalismus zu stärken.

Kultur und Kunst in ihren vielfältigen Formen sind für uns alle unverzichtbar und demokratierelevant. Die Freiheit der Kunst wird in Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes geschützt und stellt damit ein Grundrecht dar. Kunst und Kultur können aber nur frei sein und ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen, wenn die Kulturförderung in weiten Teilen nicht als freiwillige Aufgabe der Länder und Kommunen betrachtet wird. DIE LINKE. tritt deswegen dafür ein, dass Kulturförderung als Pflichtaufgabe angesehen wird, d.h. der Staat schützt nicht nur Kunst und Kultur, sondern er fördert sie.

**Welche Strategien und Konzepte haben Sie, um Absicherungen für nicht öffentlich geförderte Veranstaltungen bei eventuellen zukünftigen Lockdowns zu gewährleisten?**

Hier ist eine Wiederauflage des „Sonderfonds für Kulturveranstaltungen“ des Bundes als Rückversicherung für Kulturveranstalter:innen anzustreben. Allerdings mit weniger Bürokratieaufwand für Geber:innen und Nehmer:innen. Dazu ist eine Neujustierung des Krisenmechanismus Kultur zwischen Bund und Ländern notwendig, inklusive der entsprechenden Anpassungen im Kulturföderalismus. Ziel wäre es, dass der Bund schneller und direkter werden kann und die Abstimmung zwischen Bund und Ländern deutlich erleichtert wird.

**3. Perspektivwechsel in der Förderpolitik von einer Produktorientierung hin zu einer Prozessorientierung sowie den Aufbau ressortübergreifender Verantwortlichkeiten und Förderprogramme**

**Wie wird Ihre Partei das Fördersystem krisenfester, nachhaltiger und sich an den Erfordernissen künstlerischer Praxis orientierend gestalten?**

Im Bereich der institutionellen Förderung ist der Handlungsspielraum durch begrenzte Kulturetats und das sogenannte „Omnibus-Prinzip“ begrenzt: Bei gleichbleibender Geldmenge können neue

Förderungen nur dann aufgenommen werden, wenn bestehende wegfallen oder gekürzt werden. So wird Bestehendes um den Preis der geringen Möglichkeit neue Förderimpulse setzen zu können, abgesichert.

DIE LINKE. Berlin will im Dialog mit den Fachverbänden die Fördersystematik weiterentwickeln. Um die Kulturförderung insgesamt krisenfester und nachhaltiger zu gestalten, schlagen wir vor, das Zuwendungsrecht, die institutionelle Förderung und die Projektförderung, inklusive Förderkriterien, zu überarbeiten, Rücklagenbildung zu ermöglichen und die Verbandsstrukturen zu stärken.

Um stärker künstlerische Entwicklung fördern zu können, werden wir uns für einen Ausbau der Stipendienprogramme und eine längere zeitliche Laufzeit von Stipendien einsetzen.

Unser Ziel ist es, Kulturförderung insgesamt langfristiger, autonomer und weniger projektorientiert auszurichten, um den Produktionsdruck zu verringern und die Förderung insgesamt gerechter zu gestalten. Dazu gehört eine stärkere Flexibilisierung der Finanzierung von Projektförderung z. B. durch längere Laufzeiten und die Möglichkeit, Projektmittel in das darauffolgende Haushaltsjahr zu übertragen.

Wir wollen Strukturförderung (Räume, Soziales, digitale Infrastruktur) stärken und Projekt- und Strukturförderung in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander setzen.

### **Was für eine Förderlogik würden sie zugrunde legen?**

Für DIE LINKE. Berlin bleibt der Grundsatz: „Was der Markt nicht kann/will, macht Förderung notwendig, d.h. Förderung für all das, was sich ökonomisch nicht durchsetzen kann, gesellschaftlich aber relevant ist.

In der Infrastrukturförderung von hybriden privaten Kulturorten muss öffentliches Geld den kleinen Unterschied machen können, damit Standorte erhalten, Mieten erträglich und soziokulturelle Zusammenhänge gewahrt bleiben.

Alternativ wollen wir Kulturelle Orte in öffentlicher Trägerschaft entwickeln.

### **Wie und wann würden Sie Änderungen im Fördersystem umsetzen?**

Im Dialog mit den Einrichtungen, Kultur-Szenen, Verbänden und Kulturschaffenden und so schnell wie möglich.

### **Wie gewährleisten Sie die Sicherung von Räumen für künstlerische Praxis und wie ermitteln Sie die Bedarfe?**

Das Thema Sicherung und Bedarfe an Räumen hat für DIE LINKE. Berlin in der Kulturpolitik oberste Priorität.

Angesichts der Verdrängungsprozesse in einer wachsenden Stadt und vor dem Hintergrund ökonomischer Zwänge bei der Existenzsicherung werden wir weiterhin für die Sicherung von

Räumen für Kultur streiten. DIE LINKE. Berlin fordert: Kulturpolitik und Stadtentwicklungspolitik müssen gemeinsam gedacht werden, denn Kulturpolitik ist Infrastrukturpolitik!

Es ist unser Ziel, den Bestand an Arbeits- und Produktionsräumen für Künstler:innen auf insgesamt 4.000 zu erhöhen. Dafür haben wir das Bündnis »Kultur Räume Berlin« auf den Weg gebracht und werden die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Liegenschaftsgesellschaften und Kulturszenen weiter stärken und ausbauen. Öffentliche Liegenschaften wollen wir auch für Kulturinfrastruktur nutzbar machen. Zusätzlich planen wir Kulturräume zu bezahlbaren Mieten durch die Umnutzung von Landesliegenschaften, durch Ankäufe und langfristige Anmietungen zu gewinnen. Langfristig wollen wir mehr Kulturräume in Landeseigentum überführen.

Wir setzen uns für die Sicherung der entsprechenden finanziellen Mittel (investiv; Anmietung) im kommenden Doppelhaushalt ein und wollen die Bedarfsermittlung gemeinsam mit den Verbänden und Szenen umsetzen.

Wir werden selbstverwaltete Produktionshäuser, insbesondere genossenschaftliche Modelle, unterstützen, um vor allem vorhandene (kulturelle) Strukturen zu sichern. Das soll durch Vergabe von landeseigenen Liegenschaften zu günstigem Erbbauzins und die Vereinfachung der Vergabeverfahren für Liegenschaften erfolgen. Das Landes-Bürgerschaftsprogramm soll evaluiert werden, um so die Konditionen für gemeinnützige Kulturprojekte zu verbessern.

Für die Förderung der Kooperation und Koproduktion in der Stadtentwicklung und der Kulturpolitik soll das Bündnis »Kultur Räume Berlin« gesichert, gestärkt und erweitert werden.

Mit dem Initiativenforum Stadtpolitik und dem Runden Tisch Liegenschaftspolitik sind ständige Foren etabliert, in denen Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung miteinander debattieren. Wir sind der Meinung, dass die sogenannten intermediären Strukturen so weiterentwickelt werden müssen, dass die genannten Akteure tragfähige Lösungsansätze für bedrohte Initiativen und Projekte ausverhandeln und umsetzen können.

Wir unterstützen daher die Forderung des Berliner Initiativenforums Stadtpolitik nach einer kurzfristig umzusetzenden »Taskforce für bedrohte Räume der Berliner Mischung und Soziokultur« sowie einer langfristig wirksamen »Schiedsstelle« zur Mediation und ständigen Begleitung von Konflikten in stadtentwicklungspolitischen Streitfällen. Um die beste Wirksamkeit zu erzielen, sollten diese Stellen unter Einbeziehung der genannten Akteur:innen direkt bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung oder der Senatskanzlei angebunden werden.

### **Planen Sie die Förderung eines kostenlosen digitalen Ticketing-Tools für alle Akteur\*innen der freien Szene?**

Wir planen ein städtisches öffentlich gefördertes Ticketing System, dass dann diese Möglichkeit bieten soll. Dies muss Schritt für Schritt bedarfsgerecht entwickelt werden: Zunächst Bedarfe der Museen und Gedenkstätten, dann mehr Funktionsumfang für Bühnen, Tanz, Musik usw. . Trägerin ist die Visit Berlin, denn dort existiert bereits einen Basissoftware.

Wir streben an, dies entsprechend für die Freie Szene umzusetzen. Das kann z.B. zukünftig über integrierte und kooperative Förderkonzepte für digitale Infrastruktur umgesetzt werden und perspektivisch über die Produktionsstätten der freien Szene.

**Planen Sie die Einrichtung einer Berliner Kooperationsförderung zur Stärkung der Zusammenarbeit der Institutionen und der Freien Szene (Bildende Kunst)?**

Ja, aber nicht nur für die Bildende Kunst. Wir wollen die Fördersystematik insgesamt neu justieren und auch die Frage Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Institutionen und der Freien Szene neu betrachten. Unser Ziel ist es, Kooperationsmodelle mit nachhaltigen Effekten in der Freien Szene zu entwickeln. Ein Teil-Beispiel ist das Förderprogramm „Digitale Entwicklung im Kulturbereich“, das explizit für alle und spartenoffen, mit Öffnung von Einrichtungen für die freie Szene plus Begleitung durch Intermediäre (kulturBdigital) zum Wissenstransfer gestaltet ist.

**4. Diversifizierung des Kultursektors durch die Entwicklung eines "Aktionsplans Diversität und Antidiskriminierung" als bereichsübergreifende Aufgabe**

**Welche Strategien zur Diversifizierung und zur Barrierereduzierung des Kultursektors (bezogen auf Personal, Programm, Publikum, nicht allein Besucher\*innenforschung) haben Sie, über Diversity Arts Culture hinaus?**

DIE LINKE. Berlin steht dafür, dass alle Menschen chancengleich, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Wohnort, gesundheitlichen Behinderungen oder sozialem Status am kulturellen Leben teilhaben können, egal, ob sie selbst Kultur schaffen oder Kulturangebote nutzen.

Als erstes Bundesland haben wir mit dem Institut für kulturelle Teilhabeforschung (IKTf) ein kontinuierliches wissenschaftliches Monitoring zur Teilhabe etabliert. Die Ergebnisse sollen in kulturpolitische Entscheidungen einfließen und den Kulturinstitutionen für ihre Programmarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kultureinrichtungen sozial leichter zugänglich, inklusiver und diverser werden. Zugangsbarrieren wollen wir abbauen. Denn die Vielfalt der Stadtgesellschaft soll sich stärker im Kulturbereich und der Kulturförderung abbilden: in den Leitungspositionen wie auch im Personal der öffentlich geförderten Kultureinrichtungen, im Programm, in den Angeboten und im Publikum. Neben dem Institut für Teilhabeforschung wollen wir diesen Ansatz mit dem neu geschaffenen Diversity-Arts-Culture-Büro (DAC) weiter stärken. Menschen in Leitungspositionen, auch kollektive Leitungen, wollen wir dafür sensibilisieren, ein diskriminierungsfreies Arbeitsklima zu gewährleisten.

Darüber hinaus arbeitet in der Senatsverwaltung für Kultur die AG Barrierefreiheit in enger Abstimmung mit Verbänden. Die AG berät Einrichtungen und kontrolliert Verfahren im Kulturbereich kritisch und unterbreitet Vorschläge zu Verbesserungen in Einrichtungen und Verwaltung.

Welche quantitativen Ziele bei der Diversifizierung des Kultursektors streben Sie an (z.B. Quoten, Datenerhebung zu Gleichstellung und Antidiskriminierung)?

Unser Ziel ist es, Geschlechterparität in den Leitungen der Kultureinrichtungen des Landes Berlin herzustellen und auf allen Ebenen systematisch voranzubringen. Beratungsangebote für und



Zielvereinbarungen mit den Kultureinrichtungen unterstützen dieses Vorhaben. Wir werden prüfen, ob sich die Vergabe von Fördermitteln an Standards der Geschlechtergerechtigkeit knüpfen lässt.

Die Vielfalt der Stadtgesellschaft soll sich stärker im Kulturbereich und der Kulturförderung abbilden: in den Leitungspositionen wie auch im Personal der öffentlich geförderten Kultureinrichtungen, im Programm, in den Angeboten und im Publikum. Neben dem Institut für Teilhabeforschung wollen wir diesen Ansatz mit dem neu geschaffenen Diversity-Arts- Culture-Büro (DAC) weiter stärken.

**Wie können Ihrer Ansicht nach Ausschreibungen und Antragsverfahren inklusiver gestaltet werden (Sprache, Bürokratie, strukturell vs. projektbezogen)?**

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention aktiv als kulturelle Akteur:innen einbezogen und unterstützt werden. Dazu gehört nicht nur, sie als Künstler:innen zu fördern und frühzeitig in die kulturelle Bildung einzubeziehen, sondern auch, sie als Publikum stärker anzusprechen.

Wir wollen Kulturangebote inklusiv gestalten und werden unsere Bemühungen verstärken, einen barrierefreien und inklusiven Zugang zu Kulturangeboten, sei es durch bauliche Maßnahmen oder zum Beispiel mit Audiodeskription, zu gewährleisten.

Als erstes Bundesland haben wir mit dem Institut für kulturelle Teilhabeforschung (IKTf) ein kontinuierliches wissenschaftliches Monitoring zur Teilhabe etabliert. Nach der Einführung des eintrittsfreien Sonntags in den Berliner Landesmuseen arbeiten wir weiter am Abbau von Zugangsbarrieren und setzen uns dafür ein, dass Kultureinrichtungen sozial leichter zugänglich, inklusiver und diverser werden.

Wir haben bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa eine Impact Förderung etabliert: Seit 2020 vergibt die Senatsverwaltung die spartenoffene IMPACT-Förderung. Sie soll die Diversitätsentwicklung des Berliner Kulturbetriebs fördern und richtet sich an Personen und Gruppen, deren künstlerische Perspektiven im Kulturbetrieb bisher unzureichend repräsentiert sind. Diese Perspektiven sollen stärker sichtbar gemacht und ihre Entwicklung ermöglicht werden. Das Förderprogramm ist intersektional und akteur\*innenbezogen angelegt und wird in Ergänzung zu den sonstigen Förderprogrammen der Senatsverwaltung für Kultur und Europa vergeben.

Ausschreibungen sollten mehrsprachig sein und über die jeweiligen Kanäle gezielt in die Communities transportiert werden, das wird über DAC z.B. bereits umgesetzt. Auch Förderprogramme und Aktionen werden teilweise schon gezielt durch das IKTf daraufhin evaluiert (Eintrittsfreier Sonntag, Draußenstadt, Digitale Entwicklung). Die Ergebnisse fließen in die Förderrichtlinien ein.

**Welche Instrumentarien zum Abbau von Diskriminierung und Machtmissbrauch wollen sie ausbauen (z.B. LADG) und wo möchten Sie transparente Besetzungsverfahren für Intendanten/Gremien/Kommissionen entwickeln?**

Aktuell wurde das Projekt „Fair Stage“ als ein modellhafter Weg, sehr praxisbezogen und akteur:innenorientiert umgesetzt und ein Maßnahmenkatalog entwickelt. Diesen Maßnahmenkatalog und auch das Projekt selbst wollen wir in Zukunft umsetzen und fortsetzen.

Menschen in Leitungspositionen, auch kollektive Leitungen, wollen wir dafür sensibilisieren, ein diskriminierungsfreies Arbeitsklima zu gewährleisten und jeder Form von Machtmissbrauch entschieden entgegenzutreten.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass sowohl das Landesantidiskriminierungsgesetz als auch das AGG in den Einrichtungen adäquat umgesetzt wird und es unabhängige Beratungsangebote über dasjenige von Themis hinaus gibt.

Besetzungsverfahren für Intendanten/Gremien/Kommissionen sind auch ein geschützter Raum, mit dem Ziel, dass sich Menschen bewerben, die sich in einem ganz und gar transparenten Verfahren eventuell nicht bewerben würden. Dennoch gibt es aus unserer Sicht Änderungsbedarf bei Besetzungsverfahren. Die Einsetzung von Findungskommissionen ist zu prüfen und entsprechende Verfahren müssen frühzeitig und besser als bisher mit dem Personal der entsprechenden Einrichtung rückgekoppelt werden. In den Beratergremien sollte der Personalrat vertreten sein und Ensembles, Mitarbeiter resp. ihre Interessenvertretungen sollten zumindest im Vorfeld der Besetzungsverfahren von der Politik verbindlich gehört werden müssen.

**Welche Beratungsleistungen aus den Vereinen von Menschen mit Behinderungen sowie weiteren gesellschaftlichen Gruppen werden Sie in Anspruch nehmen?**

Alle, die möglich sind. Positive Umsetzungsbeispiele liefern hier u.a. KulturDigitalBarrierefrei (KuDiBa), Handiclapped – Kultur barrierefrei e.V., AG Barrierefreiheit oder Kulturleben e.V., die jetzt einen barrierefreien digitalen Kultur- und Sportkalender angesichts der Special Olympics machen werden.

**Welche Impulse (neue Förderlinien, Preise, Ehrungen, Kampagnen, Residenzen) möchten Sie in welche Teile der Kulturpolitik geben?**

Diese Frage ist in der Spezifik hier nicht zu beantworten, geht aber sicher aus unserem Wahlprogramm hervor. Wir haben gerade in der Corona-Zeit viele Gespräche in Videokonferenzen geführt und daraus Schlussfolgerungen gezogen, die dort eingeflossen ist. Die jetzt hier spartenübergreifend oder spartenspezifisch darzustellen, würde den Rahmen sprengen. Wir unterstützen z.B. die Etablierung eines Clubpreises, die höhere Anzahl von Stipendien über alle Sparten, die Veränderung von Fördersystemen usw.

**Welche Vorschläge haben Sie, um mehrfachdiskriminierten Akteur\*innen Zugänge zu ermöglichen (z.B. Rechtshilfe bei Bleiberechtsfragen oder medizinische Hilfen) und die Refinanzierung von steigenden Access-Kosten und anderen Formen des Nachteilsausgleichs zu gewährleisten?**

Siehe Ausführungen zu Impact Förderung.

**5. Ausbau der digitalen Infrastruktur aller Kultureinrichtungen verbunden mit konsequenter Ausrichtung der Kulturpolitik auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz**

**Welche Pläne zur Verbesserung digitaler Infrastrukturen in Kulturverwaltung und den Kulturinstitutionen haben Sie? Sind z.B. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für**

**Mitarbeiter\*innen in den Kulturinstitutionen geplant (digital literacy)?**

Ja, wir unterstützen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, sonst geht es nicht. Umgesetzt werden müssen diese in den Einrichtungen. Fort- und Weiterbildung muss selbstverständlich auch für die Mitarbeiter:innen der Verwaltung angeboten werden.

In den nächsten fünf Jahren sollen in (fast) allen Kultureinrichtungen Digitalisierungsmanager:innen eingestellt werden, die – gefördert über den Innovationsfonds des Landes Berlin – sich genau diesen Fragen widmen, was rund 25 Mio. € kosten wird. Eine Summe, die bereits vom Hauptausschuss beschlossen wurde.

Konkret existiert bereits die Möglichkeit digitaler Anträge und Anbindung an das Servicekonto bei Projektförderung. Dies soll zukünftig auch im Bereich Stipendien usw. umgesetzt werden. Das Förderprogramm Digitale Entwicklung ist ein Programm zur Selbstbefähigung der Kulturschaffenden, es wirkt aus unserer Sicht gut und wir setzen uns dafür ein, es fortzusetzen.

Innovationsfondsmittel für die nächsten 5 Jahre (2,9 Mio. nur für die Landeseinrichtungen) sichern die Investition in die digitale Infrastruktur vor Ort, in Kooperation und bei zentralen Diensten. Hierzu streben wir eine Förderrichtlinie an. In den Bezirken sollen für die Einrichtungen Breitbandanschlüsse realisiert werden und die Bibliotheken wollen wir entsprechend der Bibliotheksentwicklungsplanung noch digitaler aufstellen.

**Welche Finanzierungsmodelle haben Sie, um die erhöhten Kosten durch hybride und digitale Programmstrukturen aufzufangen?**

Das wird man in der Förderung mit abbilden müssen – analog zu Brandschutz, Sozialversicherung, Krankenkasse. Dies wird auch schon im Kontext der flexiblen Pandemie-Förderpolitik umgesetzt und ist in den Finanzplänen abbildbar. Berlin hat zudem auch für digitale Produktionen weitere Honorare gefördert, was längst nicht für alle Bundesländer gilt. DIE LINKE. Berlin will diese Maßnahmen verstetigen.

**Welche Aspekte digitaler Barrierefreiheit planen Sie in Kulturverwaltung und in den Kulturinstitutionen prioritär umzusetzen?**

Alle! Darum geht es für uns bei der Umsetzung von Inklusion.

Wo es Standards für Schnittstellen zu Peripheriegeräten, Bedienhilfen, im Designprozess usw. gibt, wird das bei Vergaben und Projekten berücksichtigt. In Projekten wird außerdem im Sinne der Teilhabe und Partizipation immer direkt unter Einbeziehung der betroffenen Künstler:innen und Nutzer:innen der Bedarf diskutiert – Beispiele AG Barrierefreiheit, KuDiBa oder KulturLeben bereits oben.

**Wer überprüft den gesellschaftlichen Nutzen von Technologie und nach welchen Kriterien?**

Für DIE LINKE. Berlin sind Kriterien der Förderung von Technologien im Kulturbereich immer Offenheit (opensource usw.), Nachhaltigkeit (keine Insellösungen, Schnittstellen, Resilienz) und

Beispielhaftigkeit (Wiederverwendbarkeit, Standards). Ansonsten sollte der gesellschaftliche Nutzen von Technologien vom gesamten Senat, dem Parlament und der städtischen Diskursgesellschaft z.B. im Rahmen der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie Berlin bewertet und diskutiert werden. Kultur muss hier eine wichtige Rolle spielen.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um den CO2-Fußabdruck der Kulturinstitutionen zu verringern unter besonderer Berücksichtigung des Anstiegs der Nutzung von digitalen Diensten seit Beginn der Pandemie (z.B. digitale Kultureintrittskarten inkl. BVG Ticket)?**

Im Dialog mit den Kultureinrichtungen werden wir auch die ökologische Nachhaltigkeit im Kulturbetrieb stärken und als Querschnittsthema mitdenken. Als Maßnahmen haben wir in Berlin gerade das Solargesetz beschlossen und ein Stadtwerk gegründet, das nur erneuerbare Energiequellen nutzt. Eine Erreichbarkeit von Kulturorten mit dem ÖPNV muss gesichert werden.

Mit welchen Strategien wollen Sie die Erhöhung der digitalen Zugänge seit Beginn der Pandemie sicherstellen und wie noch bestehende Ungleichheiten in den Zugangsmöglichkeiten abzubauen?

Die krisenbedingte und spartenübergreifende Verschiebung künstlerischer Produktion ins Digitale gibt der bisher noch zu zögerlichen Digitalisierung im Kulturbereich aktuell einen enormen Schub. Das verstärkte digitale Arbeiten infolge der Krise hat neue Möglichkeiten kultureller Produktion und Präsentation aufgezeigt. Wir wollen die neu entstandenen Formate und die Erfahrungen der Institutionen und der Freien Szene sichern und weiterentwickeln. Um das Potential, das in digitalen Angeboten liegen kann, langfristig zu nutzen, schlägt die DIE LINKE. Berlin vor, private und öffentliche Kultureinrichtungen zukünftig stärker bei ihren Digitalisierungsprojekten und -strategien zu unterstützen und entsprechende Angebote, wie sie in Berlin etwa das „kulturBdigital“-Projekt zur Digitalen Entwicklung des Kulturbereichs in Berlin macht, weiter auszubauen. Diese Unterstützung muss die Anschaffung neuer Geräte oder betriebswirtschaftliche und juristische Schulung im Umgang mit digitalen Urheberrechten, Zahlungsmethoden und Haftungsklauseln umfassen, aber auch das notwendige Personal ermöglichen. Einen ersten Schritt haben wir mit dem neuen Innovationsfonds für digitale Entwicklung im Kulturbereich gemacht.

Wir wollen die Vernetzung und die gemeinschaftliche Nutzung von Ressourcen der digitalen Infrastruktur und Technik durch die Nutzung von Open Source-Programmen unterstützen. So kann eine Unabhängigkeit von kommerziellen Anbietern erreicht werden und es werden neue Formen der Kommunikation, Partizipation, Bildung und Vermittlung möglich.

Im Dialog mit Einrichtungen und mit der Freien Szene sollen Kooperationsmöglichkeiten entwickelt werden, die der ungleichen Ressourcenverteilung in Bezug auf Hardware, Software und Expertise entgegenwirken. Mit der Verstärkung des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin (digiS) und der Etablierung von kulturBdigital sowie der begonnenen Stärkung unserer Kultureinrichtungen haben wir in der aktuellen Legislaturperiode eine gute Grundlage geschaffen, auf der wir weiter aufbauen wollen. Die zentrale Vernetzungsplattform kulturBdigital soll als spartenübergreifendes Wissenstransfer-Netzwerk ausgebaut werden und Software-Ressourcen bereitstellen. Mit Kultur Digital Barrierefrei (KuDiBa) wollen wir den Ausbau von inklusiven Kulturangeboten unterstützen.

**Welche Konzepte gegen Diskriminierung und Hass im Internet haben Sie?**

DIE LINKE. Berlin nimmt dieses Thema sehr ernst und will spezifische Strategien fördern, um mit Trolling, Hasskommentaren oder struktureller Diskriminierung umzugehen. Gleichzeitig wollen wir Kulturschaffenden ermöglichen, sich da selbst handlungsfähig zu machen. Ein Beispielprojekt wäre: „macht.sprache“ – Eine kollaborative und strukturierte Aufarbeitung von Diskriminierungstatbeständen im Kontext von Übersetzungen (demnächst als App).

**In welchem Verhältnis steht in Ihrem Programm der Schutz der Netzfreiheit im Gegensatz zur Verbesserung der Cybersicherheit?**

Aus Sicht der LINKEN Berlin steht IT-Sicherheit einem freien Zugang und der freien Entfaltung im Netz nicht entgegen. So fördert der, der Sicherheitslücken konsequent schließt, den Datenschutz achtet und Monetarisierung von personenbeziehbaren Daten verhindert, auch die Freiheit im Netz.

**6. Förderung innovativer Prozesse in der Kultur- und Stadtentwicklung sowie Unterstützung von Modellprojekten der Urbanen Praxis**

**Welche Bedeutung messen Sie der Urbanen Praxis zu und wie positioniert sich Ihre Partei zu den genannten Forderungen?**

Das Thema Urbane Praxis ist für DIE LINKE. ein wichtiges Zukunftsthema für die Erforschung und Erprobung kultureller Praxen/ Lebensweisen in urbanen Räumen.

Wir unterstützen die Initiative Urbane Praxis Berlin seit ihrer Gründung und der Projektfonds Urbane Praxis ist neben dem "Call for Action" oder den bezirklichen Förderungen eine der drei Säulen des aktuellen Draußenstadt-Programms. Wir wollen die Urbane Praxis durch eine ressortübergreifende Kooperation zwischen den Verwaltungen für Kultur, Stadtentwicklung und Integration und Soziales stärken und setzen uns dafür ein, entsprechende Förderinstrumente entwickeln. Der Projektfonds Urbane Praxis soll verstetigt und ausgebaut werden.

**Welche Strategien und Konzepte haben Sie, um auf Landesebene adäquate und unterstützende Strukturen zur nachhaltigen Verankerung der Urbanen Praxis aufzubauen?**

DIE LINKE. Berlin will eine ressortübergreifende Kooperation und Verbindung dieses Themas zwischen Kultur, Stadtentwicklung, Umwelt, Jugend, Integration, Arbeit etablieren. Als Modell kann hier die erfolgreiche Etablierung kultureller Bildung in Berlin durch den Projektfonds kulturelle Bildung dienen.

Bereits jetzt stehen im Kulturetat des Senatsentwurfes für den kommenden Doppelhaushalt dafür unter dem LABEL Draußenstadt 500.000 € bereit. Wenn alle Ressorts diesen Betrag in ihren jeweiligen Etats einstellen, ist in diesem Bereich in der nächsten Legislatur viel möglich. DIE LINKE. Berlin wird sich in den Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen.

**Welche Konzepte und Strategien haben Sie, um ein übergreifendes Handeln der beteiligten Ressorts Kultur, Stadtentwicklung/Wohnen, Umwelt, Soziales, Bildung/Jugend zu**

ermöglichen, zu befördern und langfristig zu gewährleisten?

s.o.

**Welche Strategien und Konzepte haben Sie, um eine adäquate Finanzierung der Urbanen Praxis sicherzustellen?**

s.o.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Koch', written in a cursive style.

Sebastian Koch